

Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Lütjenwestedt

(Beitrags- und Gebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.04.1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 321) und der §§ 1,2,6,8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.01.1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 51) zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.04.1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 147) und der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes in der Fassung vom 13.11.1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 545, ber. GVOBl. 1991, S. 257) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung erlassen:

§ 1 Allgemeines

1. Die Gemeinde betreibt die Abwasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) vom
2. Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
 - a) Beiträge zur Deckung des Aufwandes für die Herstellung der jeweiligen zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage einschließlich der Kosten für den ersten Grundstücksanschluss (Abwasserbeiträge)
 - b) Kostenerstattungen für zusätzliche Grundstücksanschlüsse (Aufwendungsersatz)
 - c) Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage (Abwassergebühren)
3. Grundstücksanschluss im Sinne des Absatzes 2 Buchst. a) und b) ist der Anschlusskanal zu den einzelnen Grundstücken, nicht jedoch je doch die sonstigen auf dem Grundstück herzustellenden Abwasseranlagen (z.B. Kontrollschacht, Anschlussleitungen).

Abwasserbeitrag

§ 2

Grundsatz

1. Die Gemeinde erhebt, soweit der Aufwand nicht durch Zuschüsse, Abwassergebühren oder auf andere Weise gedeckt wird, für die Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich des je-

weils ersten Grundstücksanschlusses Abwasserbeiträge zur Abgeltung der durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme erwachsenen Vorteile.

2. Die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau zentraler öffentlicher Abwasserbeseitigungsanlagen wird in einer besonderen Satzung geregelt.

§ 3

Gegenstand der Beitragspflicht

1. Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an eine zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden können und für die
 - a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
 - b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung in der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen.
2. Wird ein Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
3. Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich rechtlichen Sinne.

§ 4

Beitragsmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung

1. Der Anschlussbeitrag setzt sich aus einem Grundbeitrag und einem Zuschlag zusammen.
2. Der Grundbeitrag, mit dem im wesentlichen der Aufwand für die Erstellung der Grundstücksanschlusskanäle abgegolten wird, beträgt für jedes voll beitragsfähige Grundstück (§ 2 Abs. 1)

1.080,00 EURO.

3. Der Zuschlagsbeitrag errechnet sich
 - a. bei Wohngrundstücken nach der Wohnfläche entsprechend Abs. 4
 - b. bei landwirtschaftlichen und gewerblich genutzten Räumen oder Grundstücken nach der jeweiligen Nutzfläche in Gebäuden entsprechend Abs. 5.

4. Der Zuschlagsbeitrag beträgt für die anzuschließenden oder angeschlossenen Grundstücke mit einer anrechenbaren Wohnfläche

bis 50 qm	1.230,00 EURO
von über 50 qm bis zu 80 qm	1.400,00 EURO
von über 80 qm bis zu 120 qm	1.600,00 EURO
von über 120 qm	1.760,00 EURO

Bei der Ermittlung der anrechenbaren Wohnfläche ist die Zweite Berechnungsverordnung des Bundes in der jeweils geltenden Fassung, jedoch ohne dass ein Abzug zulässig ist, entsprechend anzuwenden.

5. Der Zuschlagbeitrag für landwirtschaftliche oder gewerbliche Nutzflächen im Sinne von Abs. 3 b für jeden qm der berechneten Fläche beträgt

2,35 EURO je qm Nutzfläche.

Als gewerbliche und landwirtschaftliche Nutzfläche gelten Räume, die beruflich, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt ist.

Räume, die von öffentlichen Einrichtungen (Behörden, Kirchen, Schulen usw.) private Vereinigungen sowie freiberuflich Tätigen (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Künstler usw.) nicht für Wohnzwecke benutzt werden, sind wie gewerblich genutzte Räume zu behandeln. Dazu gehören auch alle übrigen nicht aufgeführten Gebäude.

6. Unbebaute, beitragspflichtige Grundstücke werden wie Wohngrundstücke behandelt. Der Anschlussbeitrag errechnet sich nach Wohnfläche, die nach Maßgabe des bebauungsplanes bzw. wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, unter Berücksichtigung der in der näheren Umgebung durchschnittlich vorhandenen Bebauung zu erwarten ist. Im Übrigen gelten die Absätze 1 bis 4.
7. Bei Zusammentreffen mehrerer Kriterien nach Abs. 3, Buchstabe a und b, ist getrennt zu veranlagern

§ 5

Beitragspflichtige

Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichem Grunddinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

§ 6

Entstehung der Beitragspflicht, Nachveranlagung

1. Die Beitragspflicht entsteht jeweils mit der betriebsfertigen Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage einschließlich des ersten Grundstücksanschlusses.
2. Für unbebaute Grundstücke, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB) oder des Geltungsbereichs eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB) liegen, entsteht die Beitragspflicht erst, wenn die Erfordernisse des Absatzes 1 erfüllt sind und das Grundstück mit anzuschließenden Gebäuden bebaut oder tatsächlich angeschlossen wird.
3. Im Falle des § 3 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit der Genehmigung des Anschlusses.
4. Ändern sich für ein bebautes Grundstück die für die Beitragsbemessung nach § 4 Abs. 3 Buchst. f), g) oder Satz 2 bis 4 sowie die nach § 4 Abs. 4 Satz 2 maßgebenden Umstände und erhöht sich dadurch der grundstücksbezogene Nutzungsvorteil, entsteht ein dem höheren Vorteil entsprechender zusätzlicher Beitrag. In diesem Falle entsteht die Beitragspflicht mit dem Beginn der Maßnahmen, die den höheren Nutzungsvorteil entstehen lassen.

§ 7

Vorauszahlungen

Auf Beiträge können angemessene Vorauszahlungen gefordert werden, sobald mit der Ausführung der Maßnahme begonnen wird. § 7 gilt entsprechend. Eine geleistete Vorauszahlung ist bei der Erhebung des endgültigen Beitrags gegenüber dem Schuldner des endgültigen Beitrags zu verrechnen.

§ 8

Veranlagung, Fälligkeit

Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung einer Vorauszahlung.

Erstattung der Kosten zusätzlicher Grundstücksanschlüsse

§ 9

Entstehung des Erstattungsanspruchs

Stellt die Gemeinde auf Antrag des Grundstückseigentümers für ein Grundstück einen weiteren Grundstücksanschluss oder für eine von einem Grundstück, für das die Beitragspflicht bereits entstanden ist, abgeteilte und zu einem Grundstück verselbständigte Teilfläche einen eigenen Grundstücksanschluss an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage her (zusätzliche Grundstücksanschlüsse), so sind der Gemeinde die Aufwendungen für die Herstellung solcher zusätzlicher Grundstücksanschlüsse in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses.

§§ 7 und 10 Satz 1 gelten entsprechend.

§ 10

Grundsatz

1. Für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen und für die nach § 9 Abwasserabgabengesetz zu entrichteten Abwasserabgabe werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an diese öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind oder in diese entwässern.
2. Die Gebühren werden erhoben für die Grundstücke, die an die Abwasseranlage angeschlossen sind;
sie gliedern sich in
 - a. Grundgebühren und
 - b. Zusatzgebühren.

§ 11

Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung

1. Die Grundgebühr beträgt für jedes angeschlossene Grundstück 6,15 EURO monatlich. Sind auf dem angeschlossenen Grundstück mehr als eine Wohneinheit vorhanden, so wird für jede weitere Wohneinheit eine zusätzliche Grundgebühr von 3,10 EURO monatlich erhoben.

2. Die Zusatzgebühr beträgt je Einwohner 26,00 EURO jährlich. Als Einwohnerzahl gilt die Zahl der Einwohner auf dem angeschlossenen Grundstücken am 30.09. des Vorjahres und am 31.03. des laufenden Jahres. Einwohner im Sinne dieser Satzung ist, wer in der Gemeinde mit Hauptwohnsitz bzw. II. Wohnsitz gemeldet ist oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

§ 12

Entstehung und Beendigung

1. Die Grundgebühr entsteht für die Benutzungsgebühr zu Beginn des Kalenderjahres, frühestens jedoch für die Grund- und Zusatzgebühr mit dem 1. des Monats, der auf den Tag der betriebsfertigen Anschlusses an die Abwasseranlage folgt.
2. Die Gebührenpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Anschluss an einen Straßenkanal entfällt und der Gebührenpflichtige dies der Gemeinde mitteilt.

§ 13

Gebührenpflichtige

1. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des Grundstücks, bei Wohnungs- oder Teileigentum der Wohnungs- oder Teileigentümer. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren.
Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

2. Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendervierteljahres auf den neuen Pflichtigen über. Wenn der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel (§ 21) versäumt, so haftet er für die Gebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Gemeinde entfallen, neben dem neuen Pflichtigen.
3. Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der Gemeinde das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzusetzen oder zu überprüfen.

§ 14

Erhebungszeitraum

Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

§ 15

Heranziehung und Fälligkeit

1. Die Heranziehung zur Gebühr erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann.
2. Die Gebühr wird in Vierteljahresbeträgen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Die durch bisherigen Bescheid festgesetzten Vierteljahresbeträge sind innerhalb des nächsten Jahres zu den angegebenen Zeitpunkten so lange zu zahlen, wie der neue Bescheid noch nicht erteilt ist.
3. Bei der Neuveranlagung ist die Gebühr für verstrichene Fälligkeitszeitpunkte innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Bescheides in einer Summe zu zahlen.

Schlussbestimmungen

§ 17

Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

Die Abgabepflichtigen haben der Gemeinde jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.

Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen (z.B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- und Abwassermessvorrichtungen), so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden. Beauftragte der Gemeinde dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Abgabenerhebung festzuhalten oder zu überprüfen; die Abgabepflichtigen haben dies zu ermöglichen.

§ 18

Datenverarbeitung

1. Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WoBauErlG der Gemeinde bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramtes durch die Gemeinde zulässig. Die Gemeinde darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.
2. Soweit die Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung selbst betreibt, ist sie berechtigt, die im Zusammenhang mit der Wasserversorgung angefallen und anfallenden personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten für Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.
3. Soweit die Gemeinde sich bei der öffentlichen Wasserversorgung eines Dritten bedient oder in der Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung durch einen Dritten erfolgt, ist die Gemeinde berechtigt, sich die zur Feststellung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten von diesen Dritten mitteilen zu lassen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterzuverarbeiten.

4. Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von nach den Absätzen 1 bis 3 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

§ 19

Ordnungswidrigkeiten

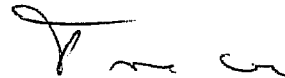
Zu widerhandlungen gegen Pflichten nach §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 2 und 21 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.

§ 20

Inkrafttreten

Diese Abgabensatzung tritt am 01.01.2002 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Abgabensatzung vom 13.01.1984 außer Kraft..

Lütjenwestedt, 10.12.2001



Der Bürgermeister

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung Lütjenwestedt am 28.11.2001, 19.30 Uhr, in der Gastwirtschaft Dörpskrog.

Zu Punkt 8: Erlass einer Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung

Durch die Einführung des Euro ist es erforderlich, eine neue Abwassergebührensatzung zu erlassen. Die Grundgebühr gemäß § 4 Absatz 2 wird auf 1.080,00 Euro festgesetzt.

Der Zuschlagsbeitrag wird für eine Wohnfläche mit bis zu 50 qm auf	1.230,00 Euro,
von über 50 bis 80 qm auf	1.400,00 Euro,
von 80 bis 120 qm auf	1.600,00 Euro,
von über 120 qm auf	1.760,00 Euro

festgesetzt.

Der Zuschlagsbeitrag für landwirtschaftliche u. gewerbliche Nutzflächen beträgt	2,35 Euro
je qm Nutzfläche.	

Die monatliche Grundgebühr für jedes angeschlossene Grundstück wird auf	6,15 Euro
festgesetzt.	
Für jede weitere Einheit werden	3,10 Euro
monatlich erhoben.	

Die Zusatzgebühr beträgt je Einwohner	26,00 Euro
jährlich.	

Einstimmig wird die Satzung in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Beschlußfähigkeit:	Mitglieder (gesetzl.):	8
	davon anwesend:	8
	<u>Abstimmung</u> dafür:	8
	dagegen:	-
	Stimmhaltung:	-

Die Richtigkeit des Auszuges und die Angaben über Beschlußfähigkeit und Abstimmung werden beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, daß zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden war.

Die Gemeindevertretung war beschlußfähig.

Hanerau-Hademarschen, 10.12.01



Im Auftrage

Schulz